

WISSENSCHAFT:

"Es ist die ureigene Aufgabe der Unis"

Wer hilft Nachwuchswissenschaftlern, die unter Stückelverträgen leiden? Bitte nicht die Politik, sagt Hochschulexperte Wilfried Müller. Interview: Martin Spiewak

DIE ZEIT N° 26/201525. Juni 2015 14:09 Uhr 3 Kommentare
schließen

PDF

Speichern

Mailen

Drucken

Twitter

Facebook

Google +



Ab 2016 soll es dem Mittelbau an Unis besser gehen. | © Fabian Stratenschulte/dpa

DIE ZEIT: Die Bundesregierung will das Unwesen der Kurzzeitverträge für junge Wissenschaftler beenden. Dagegen haben die Wissenschaftsorganisationen interveniert – sie wollen das drohende Gesetz abmildern. Und jetzt sagen Sie, ein

solches Gesetz sei sogar völlig unnötig. Klagt der wissenschaftliche Nachwuchs zu Unrecht?

Wilfried Müller: Ganz und gar nicht. Die Zahlen sprechen ja für sich: Der Anteil der befristeten Verträge ist in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, häufig liegt die Vertragslaufzeit unter einem Jahr. Daran muss sich etwas ändern. Nur brauchte es dafür nicht den Eingriff der Politik.

ZEIT: Wer sollte denn tätig werden?

Müller: Eigentlich ist es die ureigene Aufgabe der Universitäten, den wissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. Die Hochschulleitungen hätten reagieren müssen, weil ihre Fakultäten zu kurze Verträge mit den wissenschaftlichen Mitarbeitern abschließen. Leider sind hier nur wenige Hochschulen tätig geworden.

ZEIT: Darunter die Universität Bremen, als Sie dort Rektor waren. Wann sind Sie auf das Problem aufmerksam geworden?

Müller: Um das Jahr 2010 erreichten die Universitätsleitung Klagen vom Personalrat, dass die Professoren immer häufiger nur Kurzzeitverträge abschließen. Wir haben das über die Personalabteilung geprüft, und tatsächlich: Der Personalrat hatte recht. Daraufhin haben wir die Fakultäten aufgefordert, diese Praxis zu unterbinden. Der Appell hat aber nur bei einigen gefruchtet.

ZEIT: Was haben Sie dann gemacht?

Müller: Wir haben 2012 von oben, also von der Hochschulleitung, angeordnet, dass alle Stellen, die aus Mitteln der Universität bezahlt werden, grundsätzlich eine Laufzeit von drei Jahren umfassen. Zudem müssen alle Arbeitsverträge, die über Drittmittel finanziert werden, der Laufzeit entsprechen, für die das Projekt bewilligt ist. Seitdem haben wir – so der jetzige Kanzler – in Bremen kaum noch Klagen über zu kurze Verträge.

ZEIT: Eine solche Vereinbarung hat aber doch keine Gesetzeskraft.

Müller: Das macht nichts, denn der Personalrat muss im Prinzip allen Verträgen zustimmen. Läuft ein Vertrag kürzer, muss der Professor das der

Wilfried Müller

Personalabteilung gegenüber begründen.

war Rektor der
Universität Bremen von
2002 bis 2012. Seitdem ist
er als Hochschulberater
tätig.

ZEIT: Also sind kurze Verträge auch in Bremen nicht
ausgeschlossen?

Müller: Nein, denn in einigen Fällen sind sie
sinnvoll, etwa um die Zeit zwischen zwei
Drittmittelprojekten zu überbrücken. Oder wenn

jemand eine feste Stelle in Aussicht hat, die er aber erst in einem halben Jahr
antreten kann. Da habe ich ähnlich wie die Wissenschaftsorganisationen die
Befürchtung, dass so etwas nicht mehr möglich ist, wenn der Gesetzgeber zu
strikte Vorschriften macht. Damit wäre niemandem geholfen.

ZEIT: Warum haben sich andere Universitäten dem Bremer Beispiel nicht
angeschlossen?

Müller: Das frage ich mich auch. Vielleicht ist die Situation in Bremen zu speziell.
Wir sind ja eine relativ junge Universität, die Hierarchien sind flach, wir kennen
zum Beispiel keine Lehrstühle. Zudem leben wir in einem traditionell
sozialdemokratischen Bundesland, in dem Arbeitnehmerrechte immer ein Thema
sind.

ZEIT: Aber auch in Bremen haben die Professoren nicht freiwillig mitgemacht.

Müller: Sagen wir es so: Ich kann mich an wenige Fragen während meiner
zehnjährigen Zeit als Rektor erinnern, die zwischen Leitung und Fakultäten so
kontrovers diskutiert wurden. Hätten wir die jetzige Regelung in den Gremien
zur Abstimmung gestellt, wäre sie vermutlich nicht durchgegangen.

ZEIT: Dass kurze Vertragslaufzeiten unsozial sind, muss doch jeder erkennen.

Müller: Viele Professoren haben das anders gesehen. Sie haben argumentiert,
dass bei steigenden Anforderungen in der Forschung kurze Verträge nötig seien,
um die Mitarbeiter daran zu erinnern, ihr Bestes zu geben.

ZEIT: Qualität durch Druck?

Müller: Die Professoren haben das ja nicht aus Böswilligkeit getan, sondern um

die Qualität ihrer Forschungsprojekte zu gewährleisten. Sie haben sich immer für ihre Mitarbeiter verantwortlich gefühlt, aber übersehen, dass die permanente Sorge, wie es weitergeht, der Kreativität, dem Familienleben der Mitarbeiter und der Gesundheit abträglich ist. Dabei leidet am Ende auch die Qualität der Forschung.

ZEIT: Nun übernimmt das eben der Bundesgesetzgeber. Was stört Sie daran?

Müller: Zum einen bin ich ein großer Anhänger der Hochschulautonomie. Wenn die Universitäten ihre Angelegenheiten selbst regeln können, sollten sie das auch tun. Zum anderen könnte das Gesetz ins Leere laufen.

ZEIT: Die Universitäten würden es ignorieren?

Müller: Das nicht, aber jedes Gesetz lässt Spielräume, und wenn die Hochschulen nicht hinter der Idee stehen, dass längere Vertragslaufzeiten per se gut sind, wird es immer Wege geben, den Geist des Gesetzes zu umgehen. Am Ende ist es eine Frage des Bewusstseins, wie die Hochschulen mit ihren Mitarbeitern umgehen.

ZEIT: Wie könnte man dieses Bewusstsein in den Unis denn stärken? An Berichten über prekäre Arbeitsbedingungen mangelt es doch wahrlich nicht.

Müller: Am besten ist es, wenn die Mitarbeiter ihre Interessenvertretung in den Universitäten verstärken und universitätsöffentlich eine Verbesserung ihrer Situation fordern. Auf solche Debatten reagieren die Gremien der Universitäten durchaus sensibel.

ZEIT: Der Staat soll sich aber am besten ganz heraushalten bei diesem Problem?

Müller: Das sage ich nicht. Wir brauchen in den Universitäten zum Beispiel mehr Dauerstellen für qualifizierte Wissenschaftler, die nicht zur Professur führen. Da müssen die Länder aktiv werden. Daneben muss die Politik das Finanzierungsproblem lösen. Zusätzliches Geld bekommen die Universitäten heute fast nur noch über Drittmittel. In Bremen machen diese fast die Hälfte des Haushaltes aus. Drittmittel erschweren aber eine Planung und bieten für Nachwuchsforscher keine langfristige Perspektive.

[Zur Startseite](#)